

Berlin, 26. Mai 2008

Beschluss des Parteirats



Schluss mit der peinlichen Blockadepolitik der Bundesregierung auf europäischer Ebene – Gleiche Rechte für alle Opfer von Diskriminierung

Noch immer gibt es in der Europäischen Union keinen einheitlichen Schutz vor Diskriminierung für alle in allen Lebensbereichen. Obwohl die Europäische Kommission unter ihrem Präsidenten Manuel Barroso bereits bei ihrem Amtsantritt 2004 zugesagt hat, die Lücken in der Gesetzgebung endlich zu schließen, sind bis jetzt den Worten keine Taten gefolgt.

Einen umfassenden Schutz vor Diskriminierung gibt es bisher auf europäischer Ebene auch weiterhin nur für das Arbeitsleben. Wenn es jedoch um den Zugang zu Gütern und Dienstleistungen geht, also um so alltägliche Dinge wie die Anmietung einer Wohnung oder um einen Restaurantbesuch, werden viele Betroffenen von ihren Staaten in den meisten EU-Ländern noch immer alleine gelassen. Denn die bisherigen EU-Richtlinien garantieren nur den Merkmalen ethnische Herkunft und Geschlecht einen umfassenden Schutz. Nicht aber den Merkmalen Alter, Religion und Weltanschauung, Behinderung sowie sexuelle Orientierung.

Gegen die nun für Juni angekündigte Rahmenrichtlinie der EU-Kommission zur Schließung dieser Lücken läuft ausgerechnet die deutsche Bundesregierung Sturm. Der Protest der deutschen Konservativen mit Bundeskanzlerin Angela Merkel an der Spitze ist schizophren. Während nämlich Deutschland längst die erweiterten und umfassenderen Schutz-Regelungen durch das Allgemeine Gleichbehandlungsgesetz (AGG) eingeführt hat, um eine Hierarchisierung zwischen Diskriminierungsmerkmalen zu vermeiden, wollen CDU/CSU genau solche Regelungen auf europäischer Ebene verhindern. Gerade in den letzten Wochen haben die Bundesregierung und Vertreter der Union in Brüssel massiven Druck auf EU-Kommission und Parlament ausgeübt. Bei der Kommission scheint dies Wirkung zu zeigen. EU-Kommissionspräsident Barroso will von seinen vollmundigen Versprechen nichts mehr wissen, und das mit bizarren Folgen: Eine Frau mit dunkler Hautfarbe kann europaweit dagegen klagen, wenn ihr aufgrund ihrer ethnischen Herkunft oder aufgrund ihres Geschlechts der

Zugang zu einer Disko versperrt wird. Eine homosexuelle Frau in derselben Lebenssituation könnte sich aber weiterhin in vielen EU-Ländern gerichtlich nicht zur Wehr setzen, wenn ihr aufgrund ihrer sexuellen Orientierung der Diskobesuch verwehrt würde.

Der nun von den Konservativen forcierte Vorschlag, nur für Menschen mit Behinderung umfassende Schutzregelungen zu erlassen, ist der schändliche Versuch, die Gruppe der Betroffenen aus parteipolitischem Kalkül zu spalten. Dies lehnen wir entschieden ab. Es gibt keine Diskriminierten ersten und zweiten Ranges, sondern es muss der Grundsatz gelten, wie er in Deutschland auch längst Gesetz ist: Gleiches Recht für alle Opfer von Diskriminierung! Dabei darf es keine Rolle spielen, ob jemand wegen seiner ethnischen Herkunft, seines Geschlechts, der eigenen Religion und Weltanschauung, einer Behinderung, des Alters wegen oder auf Grund der persönlichen sexuellen Orientierung Repressalien fürchten muss.

Wir begrüßen, dass das Europäische Parlament in der vergangenen Woche in einer entsprechenden Entschließung deutlich gemacht hat, was es vom Zurückrudern der Kommission und der peinlichen Blockadepolitik der Bundesregierung hält: Nichts! Mit einer deutlichen Mehrheit votierten die Abgeordneten für eine Angleichung der Schutzbereiche für alle Betroffenen. Sie verpassten damit der konservativen Fraktion und mit ihr Angela Merkel eine schallende Ohrfeige. Ähnlich peinlich war die Entscheidung nur noch für die FDP-Abgeordneten. Während nämlich die liberale Fraktion im Europäischen Parlament geschlossen für die Forderung nach einem umfassenden Diskriminierungsschutz stimmte, votierte die deutsche FDP-Delegation dagegen.

Wir fordern die EU-Kommission auf, dem Willen der Mehrheit des EU-Parlaments endlich Rechnung zu tragen und eine umfassende Richtlinie zum Schutz vor Diskriminierung vorzulegen.

Wir fordern Kanzlerin Merkel und die große Koalition auf, nun endlich auch ihre Blockadepolitik zu beenden. Mit ihrer Blockadehaltung verhindert sie gleiche Standards europaweit. Damit verstößt die Bundesregierung auch gegen die Interessen der deutschen Wirtschaft. Alle Menschen in der Europäischen Union, unabhängig von Behinderung, Geschlecht, ethnischer Herkunft, Religion oder Weltanschauung, sexueller Orientierung oder Alter haben das Recht auf den gleichen Schutz vor Diskriminierung. Dies muss für das Arbeitsleben gelten, aber auch für den Zugang zu Gütern und Dienstleistungen im Alltag.

Beschluss: Einstimmig